



Herrn
stellvertretenden Bezirksvorsteher Walter Schröder
Verwaltungsgebäude Goethe-Platz

51379 Leverkusen

Leverkusen, den 29. Februar 2012

Antrag Tunnel Neukronenberger Straße

Sehr geehrter Herr stv. Bezirksvorsteher Schröder,

Bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Bezirksvertretung II am 13. 3. 2012:

Beschlussentwurf:

Der Tunnel Neukronenberger Straße wird generell für Anlieger gesperrt.

Die **A n w o h n e r** der Straßen Neukronenberger Straße, Domblick, Am Köllerweg, Biesenbach, Flabbenhäuschen, Claasbruch, Unterölbach, Zum Claashäuschen, Wiehbachtal, Höhenstraße, Winterberg und Zauberkuhle erhalten auf Antrag eine schriftliche, gebührenpflichtige Ausnahmegenehmigung zur Tunneldurchfahrt.

Diese gilt für drei Jahre, zunächst probeweise und wird nur für das eigene, bzw. die eigenen Fahrzeuge der Anwohner, durch das Straßenverkehrsamt ausgestellt. PKW-Fahrer legen die Ausnahmegenehmigung deutlich sichtbar im Fahrzeug aus. Bei Zweiradfahrzeugen im Sinne Verkehrszeichen Nr. 250 gehören die Ausnahmegenehmigungen zu den Fahrzeugpapieren. Die Gebühren für die Ausnahmegenehmigungen werden vom Straßenverkehrsamt festgesetzt. Sie sollen jedoch 20 € je Fahrzeug, bzw. Kraftrad, nicht übersteigen.

Begründung:

Die neuerliche Diskussion Pro und Kontra Tunnelsperrung zeigt das sehr unterschiedliche, berechnete Interesse der betroffenen, oben genannten Anwohner. Eine reine Anliegerregelung hat in der Diskussion mit den Bürgerinitiativen zu keiner, allen Beteiligten gerecht werdenden Lösung geführt. Dabei ist die „Machtlosigkeit“ der Polizei bei einer Anliegerstraße sehr deutlich geworden. Einen „Königsweg“ wird es auch in naher Zukunft hier nicht geben. Zwischen Verwaltung und Polizei sollte ein Konzept entwickelt werden, wie die Durchfahrtsbeschränkung wirksam kontrolliert werden kann. Den Anwohnern wird die weitere, ungehinderte Verbindung (wie bisher) nach Bergisch Neukirchen bzw. Quettingen, ermöglicht. Nach einer verkehrstechnischen und informationsnotwendigen Vorbereitungsphase durch die Verwaltung könnte die vorgeschlagene Regelung etwa ab Juni dieses Jahres in Kraft treten.

Rainer Schiefer
(Mitglied im Bezirk II)

CDU

Bündnis 90/Die Grünen

FDP

Freie Wähler